



„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheinen wöchentlich zweimal, Sonntag und Montag. Preis: 1 Mark. Einzelhefte: 15 Pfennig. ...

Anzeigenpreis: A Seite 90 Pf. (General-Anzeiger) und „Wohnungs-Anzeiger“ 50 Pf. ...

# Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 491. 41. Jahrgang. Donnerstag 26. September 1912

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 77.

## Die russische Regierung und die vierte Reichsduma.

(Von unserem Korrespondenten.)

Das Kabinett hat damit begonnen, sich für die neue Reichsduma zu rüsten, nachdem der Premierminister W. A. Kozowow den einzelnen Ressorts eine Rundfrage über die von ihnen für die Reichsduma bestimmten Vorlagen hat zugehen lassen.

Das Kabinett hat damit begonnen, sich für die neue Reichsduma zu rüsten, nachdem der Premierminister W. A. Kozowow den einzelnen Ressorts eine Rundfrage über die von ihnen für die Reichsduma bestimmten Vorlagen hat zugehen lassen.

Lebrigens sei hier eingeschaltet, daß sich die Gerüchte über manche Veränderungen im Kabinett seit den Vordinotagen häufen. Im Beamtenreisen will man wissen, daß die Rolle W. A. Kozowows ziemlich ausgeglichen ist, daß aber über sein Weiter oder Oben der Anstalt der Wahlen entscheiden wird.

Auch das Finanzministerium, an dessen Spitze der russische Premier steht, teilt offenbar den Standpunkt, daß es nicht schwer sein werde, mit der neuen Duma fertig zu werden.

bahnen mit Staatsgarantie kommen, die gegen Geheh und gegen Verfassung vom ersten Departement des Reichsrats vergehen werden.

Das Justizministerium wäre mit zwei Entwürfen zu nennen, die gerade jetzt, wo es zu einem arften Konflikt mit Finnland gekommen ist, besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Der Vizepräsident des Reichsrats, der russische Reichsduma, hat die Aufgabe, die sich in Finnland verhandelt haben. Beide Entwürfe, die jede eigene Gerichtsbarkeit in Finnland geklären sollen, begründet der Justizminister

Gleich das Kriegs-, das Marine- und das Verkehrsministerium ihre Berichte noch nicht eingeleitet haben, sieht man also, daß die Regierung fast keine einjährige wirklich wichtige Reform auf ihr Programm gestellt hat.

Was nun schließlich die Charaktere der künftigen Reichsduma betrifft, so behaupten einzelne Abgeordnete der alten Reichsduma, sie werde sich kaum sehr viel von der letzten Duma unterscheiden.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es der Opposition gelingen kann, einige Mandate mehr als in der letzten Reichsduma zu erhalten, doch hängt hierbei sehr viel von der Beteiligung an den Wahlen ab.

## Das Befinden des Prinzregenten. Pessimistische Gerüchte.

Der 91 jährige Prinzregent von Bayern, der sich gegenwärtig in Berchtesgaden aufhält, erfreut sich seit einiger Zeit nicht mehr ganz jener frischen Muthigkeit, die ihm vor kurzen noch gestattet, sich seinem Lieblingsport, der Jagd, zu widmen.

Die verschiedenartigen Gerüchte, die in den letzten Tagen über das Befinden Seiner königlichen Hoheit des Regenten lauten, geben Anlaß zur Veröffentlichung des folgenden ärztlichen Berichts: Die Beschwerden des Alters machen sich bei Seiner königlichen Hoheit dem Regenten in den letzten Monaten in höherem Maße bemerkbar.

Diese offiziellen Darstellungen können wir folgendes hinzufügen: Der Prinzregent leidet an den üblichen Alterserscheinungen: einem Blasenleiden und dem Auftreten von Wasser. Dazu kommt, daß der Asthma, an dem er vor einiger Zeit litt, sich wieder eingestellt hat.

## Die „schwere Belastung weiter Volksteuere.“ Eine halbamtliche Erklärung zur Reichsteuere.

Endlich sieht sich der Reichsanwalt veranlaßt, das Schwebige, mit dem er die Konferenzen über die Reichsteuere umgab, zu beenden.

Auf Veranlassung und unter Leitung des Reichsanwalts sind in den letzten Wochen die Mittel zur Milderung der gegenwärtigen Reichsteuere und der durch sie hervorgerufenen schweren Belastung weiter Volksteuere nach allen Richtungen hin geprüft worden.

Der Staatsbürger weiß nun also, daß man beim Reichsanwalt die Mittel zur Milderung der Reichsteuere wachsam geprüft hat, er weiß weiter, daß sich das preussische Staatsministerium über die Hauptpunkte einer Regierungssatzung geeinigt hat, daß dieses Staatsministerium eine Klärungskommission einsetzte und daß Preußen nach der Klärung sofort mit den anderen Bundesregierungen in Verbindung treten wird.